

# Verordnungsblatt

## für das Generalgouvernement

Dziennik Rozporządzeń  
dla Generalnego Gubernatorstwa

1942

Ausgegeben zu Krakau, den 24. Dezember 1942

Wydano w Krakau, dnia 24 grudnia 1942 r.

Nr. 110

Tag dzień	Inhalt/Treść	Seite strona
15. 12. 42	Verordnung über die Dienstverpflichtung deutscher Staatsangehöriger im Generalgouvernement (Dienstverpflichtungsverordnung für deutsche Staatsangehörige)	761
30. 11. 42	Anordnung Nr. 4 des Leiters der Bewirtschaftungsstelle für Alt- und Abfallstoffe im Generalgouvernement über die Erfassung von Alt- und Abfallstoffen Zarządzenie Nr 4 Kierownika Urzędu Gospodarowania Starzyzną i Materiałami Odpadkowymi w Generalnym Gubernatorstwie o ujęciu starzyzny i materiałów odpadkowych	762 762

### Verordnung

über die Dienstverpflichtung deutscher Staatsangehöriger im Generalgouvernement  
(Dienstverpflichtungsverordnung für deutsche Staatsangehörige).

Vom 15. Dezember 1942.

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Erlasses des Führers vom 12. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2077) verordne ich:

#### Artikel I.

Der Abschnitt I — Dienstpflicht — der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 13. Februar 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 206) sowie die Erste Durchführungsanordnung hierzu — Dienstpflicht-Durchführungsanordnung — vom 2. März 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 403) sind auf deutsche Staatsangehörige im Generalgouvernement mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. Der § 1 der Verordnung vom 13. Februar 1939 ist in folgender Fassung anzuwenden:

„Für Aufgaben, die der Bevollmächtigte für das Generalgouvernement des Beauftragten für den Vierjahresplan als staatspolitisch besonders bedeutsam und unaufschiebbar bezeichnet, kann die Regierung des Generalgouvernements (Hauptabteilung Arbeit) deutsche Staatsangehörige, die im Generalgouvernement ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, durch den Kreishauptmann (Stadthauptmann) — Arbeitsamt — zur Dienstleistung verpflichten lassen. Hierzu kann von dem Kreishauptmann (Stadthauptmann) — Arbeitsamt — privaten und öffentlichen Betrieben und Verwaltungen im Generalgouvernement die Abgabe von Arbeitskräften auferlegt werden.“

2. Dem § 5 der Verordnung vom 13. Februar 1939 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Höhe, Art und Dauer der Unterstützung bestimmt die Regierung des Generalgouvernements (Hauptabteilung Arbeit) durch Verwaltungsanordnung.“

3. Im Abschnitt I der Verordnung vom 13. Februar 1939 wird folgender § 6a angefügt:

#### „§ 6a

Alle privaten und öffentlichen Betriebe und Verwaltungen sind verpflichtet, den im Vollzuge dieser Verordnung an sie gerichteten Ersuchen des Kreishauptmanns (Stadthauptmanns) — Arbeitsamt — zu entsprechen. Diese Ersuchen können sich sowohl auf den einzelnen Fall als auch auf allgemeine Feststellungen erstrecken.“

4. Der § 1 der Ersten Durchführungsanordnung vom 2. März 1939 ist in folgender Fassung anzuwenden:

„Der Bedarf an Arbeitskräften deutscher Staatsangehörigkeit für unaufschiebbare Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung ist vom Betriebsführer, soweit die benötigten Arbeitskräfte nicht schon durch innerbetriebliche Maßnahmen freigemacht oder vom Kreishauptmann (Stadthauptmann) — Arbeitsamt — gestellt werden können, unter Verwendung des hierfür vorgesehenen Formblattes dem Gouverneur des

Distrikts (Abteilung Arbeit) zu melden, in dessen Bezirk die Aufgaben durchzuführen sind.“

#### Artikel II.

(1) Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften und die hierzu erlassenen Durchführungsbestimmungen werden nach der Verordnung über das Verwaltungsstrafverfahren vom 13. September 1940 (VBIGG. I S. 300) bestraft, soweit nicht Abs. 2 anzuwenden ist.

(2) Wer seiner Dienstverpflichtung nicht nachkommt, insbesondere wer pflichtwidrig der Arbeit fernbleibt, die Arbeit verweigert oder böswillig mit der Arbeit zurückhält, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die gleiche Strafe trifft Betriebsführer, die wissentlich Personen be-

schäftigen, die sich der Erfüllung der Dienstpflicht entziehen.

#### Artikel III.

Die Regierung des Generalgouvernements (Amt für Gesetzgebung) wird ermächtigt, den Wortlaut der Dienstverpflichtungsverordnung für Deutsche sowie der Durchführungsanordnung hierzu in der nunmehr geltenden Fassung bekanntzumachen, und zwar unter dem Tage der Bekanntmachung. Bei der Neufassung können etwa erforderliche Berichtigungen des ursprünglichen Textes vorgenommen werden.

#### Artikel IV.

Diese Verordnung tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

K r a k a u, den 15. Dezember 1942.

Der Generalgouverneur  
Frank

### Anordnung Nr. 4

des Leiters der Bewirtschaftungsstelle für Alt- und Abfallstoffe im Generalgouvernement über die Erfassung von Alt- und Abfallstoffen.

Vom 30. November 1942.

Auf Grund des § 1 Satz 3 der Verordnung über die Errichtung der Bewirtschaftungsstelle für Alt- und Abfallstoffe im Generalgouvernement vom 14. August 1941 (VBIGG. S. 487) und der §§ 1 und 2 der Verordnung über die Entlastung der Bewirtschaftungsstellen im Generalgouvernement vom 14. September 1942 (VBIGG. S. 545) ordne ich mit Zustimmung der Regierung des Generalgouvernements (Hauptabteilung Wirtschaft) an:

#### § 1

(1) Alle Personen, die im Generalgouvernement ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, sind verpflichtet, die bei ihnen anfallenden Alt- und Abfallstoffe nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen abzuliefern.

(2) Für die Erfüllung der Ablieferungspflicht Minderjähriger über zehn Jahren haften die Eltern oder diejenigen Personen, denen die Fürsorge für die Minderjährigen obliegt.

(3) Ausgenommen von der Ablieferungspflicht sind:

1. Deutsche Staatsangehörige und Volkszugehörige,
2. Angehörige verbündeter oder neutraler Staaten,
3. Kinder unter zehn Jahren.

#### § 2

(1) Die Erfassung der in Haushaltungen und Kleinentfallstellen anfallenden Alt- und Abfallstoffe wird den Gouverneuren der Distrikte (Abteilung Wirtschaft) übertragen.

### Zarządzenie Nr 4

Kierownika Urzędu Gospodarowania Starzyzną i Materiałami Odpadkowymi w Generalnym Gubernatorstwie o ujęciu starzyzny i materiałów odpadkowych.

Z dnia 30 listopada 1942 r.

Na podstawie § 1 zdanie 3 rozporządzenia o założeniu Urzędu Gospodarowania Starzyzną i Materiałami Odpadkowymi w Generalnym Gubernatorstwie z dnia 14 sierpnia 1941 r. (Dz. Rozp. GG. str. 487) oraz §§ 1 i 2 rozporządzenia o odciążeniu urzędów gospodarowania w Generalnym Gubernatorstwie z dnia 14 września 1942 r. (Dz. Rozp. GG. str. 545) zarządzam za zgodą Rządu Generalnego Gubernatorstwa (Głównego Wydziału Gospodarki):

#### § 1

(1) Wszystkie osoby, posiadające swoje miejsce zamieszkania lub zwykłego pobytu w Generalnym Gubernatorstwie, są obowiązane oddawać powstającą u nich starzyznę i materiały odpadkowe według poniższych postanowień.

(2) Za wypełnienie obowiązku oddania przez małoletnich powyżej dziesięciu lat ręczą rodzice lub te osoby, na których ciąży obowiązek opieki nad małoletnimi.

(3) Wyjęci z pod obowiązku oddania są:

1. obywatele niemieccy i osoby narodowości niemieckiej,
2. osoby przynależne do państw sprzymierzonych albo neutralnych,
3. dzieci poniżej dziesięciu lat.

#### § 2

(1) Ujęcie starzyzny i materiałów odpadkowych, przypadających w gospodarstwach domowych i drobnych placówkach, w których powstają odpadki, porucza się gubernatorom okręgów (wydział gospodarki).

(2) Nach Weisung des Gouverneurs des Distrikts (Abteilung Wirtschaft) setzt der Kreishauptmann (Stadthauptmann) für jede Gemeinde die Aufbringung einer bestimmten Menge und bestimmter Sorten von Alt- und Abfallstoffen fest. Bei der Festsetzung sind die Zahl der Gemeindeangehörigen und die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen.

(3) Die Gemeindebehörde setzt ihrerseits für die einzelnen Gemeindeangehörigen die von ihnen abzuliefernden Mengen und Sorten von Alt- und Abfallstoffen sowie die Ablieferungsfrist (monatlich oder vierteljährlich) fest und hat für die regelmäßige und vollständige Erfüllung der Ablieferungspflicht durch die Gemeindeangehörigen zu sorgen.

(4) Der Kreishauptmann (Stadthauptmann) überwacht die Aufbringung der von ihm festgesetzten Mengen und Sorten von Alt- und Abfallstoffen durch die Gemeinden. Er kann in besonderen Fällen Ausnahmen von der Ablieferungspflicht zulassen.

### § 3

(1) Die Angehörigen kreisangehöriger Gemeinden haben die bei ihnen anfallenden Alt- und Abfallstoffe an die Gemeindebehörde, die Angehörigen kreisfreier Städte an den zuständigen Mittelhändler (Anordnung Nr. 1 des Leiters der Bewirtschaftungsstelle für Alt- und Abfallstoffe im Generalgouvernement über die Regelung des Handels mit Alt- und Abfallstoffen vom 6. Oktober 1941 — VBiGG. S. 582) abzuliefern.

(2) Die Gemeindebehörde hat in regelmäßigen Abständen von höchstens drei Monaten die abgelieferten Alt- und Abfallstoffe dem zuständigen Mittelhändler zuzuführen. Ist aus besonderen Gründen die Zufuhr der Alt- und Abfallstoffe an den Mittelhändler nicht möglich, so kann der Kreishauptmann eine andere Stelle bestimmen, der die Alt- und Abfallstoffe zuzuführen sind.

(3) Die Gemeindebehörde und der Mittelhändler haben die abgelieferten Alt- und Abfallstoffe getrennt nach Sorten zu lagern und vor Verderb und Verlust zu schützen.

### § 4

Bei der Ablieferung von Alt- und Abfallstoffen gemäß § 3 Abs. 1 hat die Gemeindebehörde bzw. der Mittelhändler den Gemeindeangehörigen eine Bescheinigung über die Menge und Sorten der abgelieferten Alt- und Abfallstoffe auszustellen.

### § 5

(1) Der Mittelhändler hat für die abgelieferten Alt- und Abfallstoffe die amtlich festgesetzten Preise zu zahlen.

(2) Die Zahlung ist an den Kreishauptmann (Stadthauptmann) zu leisten. Dieser stellt den Erlös den Gemeinden nach Maßgabe ihres Aufkommens an Alt- und Abfallstoffen zur Verfügung.

### § 6

Die Mittelhändler haben auch den Anfall von Alt- und Abfallstoffen bei den einzelnen Gemeindeangehörigen, der die nach § 2 Abs. 3 abzuliefernde Menge übersteigt, sowie den Anfall bei Entfallstellen und Großentfallstellen regelmäßig und vollständig zu erwerben.

(2) Według instrukcji gubernatora okręgu (wydziału gospodarki) starosta powiatowy (starosta miejski) ustala dla każdej gminy kontyngent oznaczonej ilości i określonych gatunków starzyny i materiałów odpadkowych. Przy ustalaniu należy uwzględnić liczbę osób przynależnych do gminy i miejscowe stosunki.

(3) Władza gminna ze swojej strony wyznacza dla poszczególnych osób, przynależnych do gminy, ilość i gatunki starzyny i materiałów odpadkowych, które mają być przez nie oddane, jak również termin oddania (miesięczny lub kwartalny), oraz winna dbać o regularne i zupełne wypełnianie obowiązku oddania przez osoby przynależne do gminy.

(4) Starosta powiatowy (starosta miejski) czuwa nad dostarczeniem przez gminy kontyngentu ustalonych przez siebie ilości oraz gatunków starzyny i materiałów odpadkowych. W szczególnych wypadkach może on zezwolić na wyjątki od obowiązku oddania.

### § 3

(1) Osoby, przynależne do gmin niewydzielonych z powiatu, winny oddać powstającą u nich starzynę i materiały odpadkowe władzom gminnym, osoby, przynależne do miast wydzielonych, właściwemu handlarzowi-pośrednikowi (zarządzenie Nr 1 Kierownika Urzędu Gospodarowania Starzyną i Materiałami Odpadkowymi w Generalnym Gubernatorstwie o uregulowaniu handlu starzyną i materiałami odpadkowymi z dnia 6 października 1941 r. — Dz. Rozp. GG. str. 582).

(2) Władza gminna winna w regularnych odstępach, najwyżej trzech miesięcy, dostawiać oddaną starzynę i materiały odpadkowe właściwemu handlarzowi-pośrednikowi. Jeżeli ze szczególnych względów dostawienie starzyny i materiałów odpadkowych handlarzowi-pośrednikowi nie jest możliwe, to starosta powiatowy może wyznaczyć inną placówkę, której należy dostawić starzynę i materiały odpadkowe.

(3) Władza gminna i handlarz-pośrednik winni oddaną starzynę i materiały odpadkowe trzymać na składzie oddzielnie według gatunków i chronić przed zniszczeniem lub utratą.

### § 4

Przy oddaniu starzyny i materiałów odpadkowych stosownie do § 3 ust. 1 winna władza gminna wzgl. handlarz-pośrednik wystawić osobom, przynależnym do gminy, zaświadczenie co do ilości i gatunków oddanej starzyny i materiałów odpadkowych.

### § 5

(1) Handlarz-pośrednik winien płacić za oddaną starzynę i materiały odpadkowe urzędowo ustalone ceny.

(2) Zapłatę należy uiścić staroście powiatowemu (staroście miejskiemu). Tenże oddaje dochód do dyspozycji gminom stosownie do oddanej przez nie ilości starzyny i materiałów odpadkowych.

### § 6

Handlarze-pośrednicy winni regularnie i całkowicie nabywać również u poszczególnych osób, przynależnych do gminy, przyrost starzyny i materiałów odpadkowych, przewyższający ilość, która winna być oddana stosownie do § 2 ust. 3, oraz przyrost w placówkach, w których powstają odpadki, i w tychże placówkach hurtowych.

## § 7

Die Gemeindebehörden und Mittelhändler haben jeweils bis zum 10. eines Monats dem Kreishauptmann (Stadthauptmann) über die Menge und Art des gemäß § 3 Abs. 1 erzielten Aufkommens an Alt- und Abfallstoffen Bericht zu erstatten. Der Kreishauptmann (Stadthauptmann) hat die Berichte mit seiner Stellungnahme an den Gouverneur des Distrikts (Abteilung Wirtschaft) weiterzuleiten.

## § 8

Die Mittelhändler haben über den Zugang von Alt- und Abfallstoffen und die hierfür gezahlten Preise laufend Buch zu führen, und zwar getrennt nach dem Aufkommen

1. durch Ablieferung der Gemeindebehörden,
2. durch Ablieferung der Angehörigen kreisfreier Städte,
3. durch Erwerb von Entfallstellen,
4. durch Erwerb von Großentfallstellen,
5. durch Erwerb von Gemeindeangehörigen gemäß § 6.

## § 9

(1) Der Mittelhändler hat die an ihn abgeführten Alt- und Abfallstoffe nach Sorten getrennt versandbereit zu machen und dem zuständigen Großhändler zuzuführen. Dieser hat den Mittelhändler die amtlich festgesetzten Preise zu zahlen. Der Mittelhändler gilt als Entfallstelle im Sinne der Vorschriften über die Preise für Alt- und Abfallstoffe.

(2) Die Abgabe von Alt- und Abfallstoffen an andere Stellen ist nur mit Genehmigung der Bewirtschaftungsstelle für Alt- und Abfallstoffe im Generalgouvernement zulässig.

(3) Der Großhändler hat die übernommenen Alt- und Abfallstoffe nach den Weisungen des Leiters der Bewirtschaftungsstelle für Alt- und Abfallstoffe im Generalgouvernement an verarbeitende Betriebe abzugeben.

## § 10

(1) Personen, die dem § 1 Abs. 1 und 2, § 3 Abs. 1 und 3, § 4, § 5 Abs. 1, § 6, § 7 Satz 1 und § 9 dieser Anordnung zuwiderhandeln, werden nach § 4 der Verordnung über die Errichtung der Bewirtschaftungsstelle für Alt- und Abfallstoffe im Generalgouvernement vom 14. August 1941 (VBI GG, S. 487) bestraft.

(2) Die Befugnis zum Erlaß von Straf- und Einziehungsbefehlen wird den Gouverneuren der Distrikte übertragen, soweit die Höhe der Geldstrafe und der Wert der zu beschlagnahmenden Gegenstände zusammen 5000 Zloty nicht übersteigen.

## § 11

Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1943 in Kraft.

K r a k a u, den 30. November 1942.

**Der Leiter  
der Bewirtschaftungsstelle für Alt- und Abfallstoffe  
im Generalgouvernement**

**O e s e r**

## § 7

Władze gminne i handlarze-pośrednicy winni każdorazowo do dnia 10 każdego miesiąca składać staroście powiatowemu (staroście miejskiemu) sprawozdanie o ilości i rodzaju uzyskanego stosownie do § 3 ust. 1 kontyngentu starzyzny i materiałów odpadkowych. Starosta powiatowy (starosta miejski) winien kierować sprawozdania ze swoją opinią do gubernatora okręgu (wydziału gospodarki).

## § 8

Handlarze-pośrednicy winni prowadzić bieżącą księgę o wpływie starzyzny i materiałów odpadkowych i o zapłaconych za nie cenach, a to oddzielnie według kontyngentu uzyskanego przez

1. oddanie przez władze gminne,
2. oddanie przez osoby, przynależne do miast wydzielonych,
3. nabycie przez placówki, w których powstają odpadki,
4. nabycie przez hurtowe placówki, w których powstają odpadki,
5. nabycie przez osoby, przynależne do gminy stosownie do § 6.

## § 9

(1) Handlarz-pośrednik winien odstawić do niego starzyznę i materiały odpadkowe przygotować do wysyłki oddzielnie według gatunków i dostarczyć je właściwemu hurtownikowi. Tenże winien zapłacić handlarzowi-pośrednikowi urzędowo ustalone ceny. Handlarza-pośrednika uważa się za placówkę, w której powstają odpadki, w rozumieniu przepisów o cenach za starzyznę i materiały odpadkowe.

(2) Oddanie starzyzny i materiałów odpadkowych innym placówkom dozwolone jest jedynie za zezwoleniem Urzędu Gospodarowania Starzyzną i Materiałami Odpadkowymi w Generalnym Gubernatorstwie.

(3) Przejętą starzyznę i materiały odpadkowe winien hurtownik oddać przedsiębiorstwu przetwórczym stosownie do wytycznych Kierownika Urzędu Gospodarowania Starzyzną i Materiałami Odpadkowymi w Generalnym Gubernatorstwie.

## § 10

(1) Osoby, wykraczające przeciw § 1 ust. 1 i 2, § 3 ust. 1 i 3, § 4, § 5 ust. 1, § 6, § 7 zdanie 1 i § 9 niniejszego zarządzenia, podlegają karze według § 4 rozporządzenia o założeniu Urzędu Gospodarowania Starzyzną i Materiałami Odpadkowymi w Generalnym Gubernatorstwie z dnia 14 sierpnia 1941 r. (Dz. Rozp. GG, str. 487).

(2) Uprawnienie do wydawania orzeczeń karnych i orzeczeń o konfiskacie przenosi się na gubernatorów okręgów, o ile wysokość grzywny i wartość przedmiotów mających ulec zajęciu nie przewyższają razem 5000 złotych.

## § 11

Zarządzenie niniejsze wchodzi w życie z dniem 1 stycznia 1943 r.

K r a k a u, dnia 30 listopada 1942 r.

**Kierownik  
Urzędu Gospodarowania  
Starzyzną i Materiałami Odpadkowymi  
w Generalnym Gubernatorstwie**

**O e s e r**